

SCHLUSS MIT AUSWEICHEN, VERGESSEN, VERSCHLEIERN



Der Cum-Ex Skandal von Olaf Scholz und Peter Tschentscher muss lückenlos aufgeklärt werden! Kanzler und Bürgermeister müssen die politische Verantwortung übernehmen!

Olaf Scholz und Peter Tschentscher haben unzulässig Einfluss auf die Steuerverwaltung in Hamburg genommen. Sie haben damit dafür gesorgt, dass Hamburg zustehende Steuergelder in Millionenhöhe verloren gegangen wären.

Bei Cum-Ex geht es um von Anfang an betrügerische Aktiengeschäfte, bei denen Banken sich Steuern zurückgeholt haben, die gar nicht gezahlt wurden.

Ist das illegal? Natürlich. War das immer illegal? Natürlich. Sagt auch jeder, dass das illegal war und ist? Natürlich. Auch Scholz und Tschentscher sagen das!

Was beide verschweigen, ist, dass sie sich als Politiker in einzelne Steuerfälle eingemischt haben. Dazu der ehemalige Finanzsenator Peiner in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss: „Nach meinem Grundverständnis handelt es sich schon dann um eine Einflussnahme, wenn ein Finanzsenator die Eingabe eines Steuerpflichtigen nach unten leitet mit dem Hinweis, er würde sich für den weiteren Verlauf interessieren.“

Da sich Olaf Scholz **partout an nichts erinnern mag**, können die bekannten Tatsachen bei der Bewertung helfen:

Trotz bekannter Ermittlungen gegen die Warburg-Bank traf er sich 2016 mehrfach mit deren Aufsichtsräten. **Er kann sich nicht erinnern.** Kurz nach dem zweiten Treffen rief Scholz bei der Bank an und empfahl, ein Schreiben der Bank direkt an Finanzsenator Tschentscher zu übersenden. Warum tat er das? **Er kann sich nicht erinnern.** Scholz hält das aber für den normalen Weg. Entscheidend ist, dass er sich in den Augen der Bank gekümmert hat!

Was machte nun der damalige Finanzsenator Tschentscher mit dem Schreiben? Er leitete das Schreiben an seine zuständige Amtsleiterin mit der Bitte um regelmäßige Information weiter. **Ist das schon Einflussnahme? Aber sicher!** Es ist ein Paradebeispiel politischer Einflussnahme. Weiß ein Finanzbeamter, dass der Senator fortlaufend über einen Einzelfall informiert werden will, ist der Beamte nicht mehr frei in seiner Entscheidung.

Und was passierte nur ein paar Tage später? Finanzamt und Finanzbehörde entschieden gemeinsam, **das Hamburg zustehende Steuergeld nicht zurückzuholen, obwohl der Anspruch zum Ende des Jahres 2016 verjährt wäre.**

Kurz darauf notierte ein Aufsichtsrat der Bank in seinem Tagebuch, er habe Scholz bei einem offiziellen Anlass vor der Saaltür die Hand gedrückt und kurz „danke“ gesagt. **Der Aufsichtsrat ging jedenfalls davon aus, dass Scholz und auch Tschentscher sich um seine Angelegenheit gekümmert haben.**

FÜR EINE VERNÜNFTIGE UND IDEOLOGIEFREIE ENERGIEPOLITIK!



Die Energieversorgung muss für alle Hamburger sichergestellt werden. Niemand darf im Dunklen und Kalten sitzen.

Die Preise für Energie gehen durch die Decke. Die Bürger müssen sich im Winter auf weiter exorbitant steigende Preise einstellen.

Die Ampel hat mit der Gasumlage weitere milliardenschwere Belastungen für Energiekunden beschlossen und verpasst die Chance, konsequent alle Energieträger einzusetzen, die uns zur Verfügung stehen, weil insbesondere die Grünen ideologisch verblendet sind. Auch der Hamburger Senat hat nichts getan, damit Moorburg, Europas modernstes Kohlekraftwerk, im kommenden Krisenwinter wieder seinen Beitrag zur Energiesicherheit leisten kann und den Betrieb endlich wieder aufnimmt.

DIE CDU FORDERT:

- › **Kraftwerk Moorburg schnellstmöglich wieder in Betrieb nehmen**
- › **Laufzeitverlängerung und Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken bis 2024**
- › **Mehrwertsteuer für Energie mindestens auf 7 Prozent absenken**
- › **Energiesparplan für alle Behörden und öffentliche Unternehmen sowie Gebäude umsetzen**
- › **Ausbau von Stromspeichern zur Stabilisierung der Stromnetze**
- › **Energetische Sanierung** von öffentlichen Gebäuden vorantreiben und mehr Anreize für private Haushalte schaffen
- › **Erstellung eines Notfallplans zur Energieversorgung** der Industrie. Sicherheit für Wirtschaft und Arbeitsplätze
- › **Photovoltaik** auf Behörden- und Schuldächern ausbauen. Förderprogramme für private Solar-Dächer auflegen
- › **Biomasse vermehrt zur Gaserzeugung nutzen**

Die Ampelkoalition im Bund und die Tschentscher-Regierung richten mit ihrer Belastungspolitik und der unkoordinierten und nicht punktgenauen Entlastungspolitik großen Schaden in unsicheren Zeiten an. Damit verspielen sie weiter Vertrauen bei einer besorgten Bevölkerung. Rot-Grün in Hamburg und die Ampel in Berlin handeln oft viel zu spät und immer erst auf den letzten Drücker. Jetzt kommt es auf schnelle, pragmatische Vorschläge und Lösungen an. Ideologie und die Angst vor weiteren Wahniederlagen sind da schlechte Ratgeber.

www.cduhamburg.de